Dienstag, 20. April 1926 · 74. Jahrgang Nr. 184

Berliner Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe
Einzel-Nummer 10 Pfennig

Erscheint täglich zweimal, Sonntags, Festtags und Montags einmal. Abonnementspreis einschließlich zweimaliger Zustellung durch die Botenfrau wöchentlich 50 Pfennig im voraus zahlbar; durch die Post 2,15 Reichsmark monatlich exklusive Zustellung. Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts. Anzeigen-Preise: Die 1gespaltene Zeile 42 Pfennig, für kleine Anzeigen: das Wort 20 Pfennig; das fettgedruckte Wort 40 Pfennig. Haupt-Expedition: SW., Jerusalemer Str. 48–49. Fernsprecher: Dönhoff Nr. 540 bis 546, für den Fernverkehr Nr. 4207 bis 4209. — Rudolf Mosse-Code. — Postscheckkonto Nr. 324, Rudolf Mosse, Berlin NW. 7. — Filialen: Moritzplatz, Köpenicker Strasse 67–68, Wiener Strasse 1–6, Frankfurter Allee 286, Frankfurter Allee 346, Grosse Frankfurter Strasse 101, Greifswalder Strasse 197, Kochhannstr. 8, Schönhauser Allee 144, Schiffbauerdamm 4, Rheinsberger Str. 79.
Chefredakteur: Otto Nuschke.

Mit „Jede Woche Musik"
Moden-Zeitung
Sport-Zeitung
Film-Zeitung
Haus u. Garten-Ztg.
Techn. Zeitung
Witzblatt „U.L.K."
BERLIN REGNERISCH

Fernstr. 1, Müllerstr. 135, Badestr. 61, Königstr. 56–57, Rosenthaler Str. 46, Rathenower Str. 5, Turmstr. 61, Potsdamer Str. 35, Leipziger Str. 104, Zimmerstr. 50, Blücherstr. 60, Fidicinstr. 9, Charlottenburg: Tauentzienstr. 2, Kantstr. 54, Scharfenstr. 30, Nürnberger Str. 25–26, Kaiser-Damm 20, Friedenau: Rheinstr. 16, Halensee-Grunewald: Hohenzollernplatz 1, Lichtenberg: Frankfurter Allee 241, Lichterfelde-West: Curtiustr. 1–2, Neukölln: Berliner Str. 41, Neukölln: Karl-Marx-Str. 5, Kaiser-Friedrich-Str. 247–48, Pankow: Borkholmer Str. 11, Schmargendorf: Breite Str. 3, Schöneberg: Hauptstr. 23–24, Martin-Luther-Str. 9, Steglitz: Albrechtstr. 130, Tegel: Berliner Str. 12, Tempelhof: Berliner Str. 147, Treptow: Krüllsstr. 7, Weissensee: Streustr. 126, Wilmersdorf: Uhlandstr. 88, Kaiserplatz 13, Brandenburg: Hauptstr. 4, Breslau: Schweidnitzer Str. 91–92, Cöpenick: Schlossstrasse 1, Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 44, Niederschöneweide: Brückenstr. 22, Potsdam: Brandenburger Str. 23, Spandau: Breite Str. 47, Stettin: Mönchenstr. 31
Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Spaniens Marokko-Extrawurst

Ueberraschende neue Forderung: Verbannung Abd-el-Krims aus allen mohammedanischen Ländern

Der schweigsame Feldherr ohne große Gebärden

Paris, 19. April.

Briand hat heute vormittag mit dem Kriegsminister Painlevé, dem Generalresidenten Steeg und Marschall Pétain über die **Situation in Marokko** konferiert. Nach der Beratung erklärte Painlevé: „Die Besprechungen werden fortgesetzt, und auf beiden Seiten ist der Wunsch zu erkennen, zu einem Abschluß zu kommen. Die Verhandlungen sind im Augenblick noch durch einige Schwierigkeiten aufgehalten worden, aber die Unterhändler hoffen, daß diese Schwierigkeiten nicht unüberwindbar sein werden." Briand hat auch den spanischen Botschafter Quinones de Leon empfangen. Aus dieser Tatsache wird gefolgert, **daß die größten Schwierigkeiten durch die spanischen Forderungen entstanden sind,** und daß sich Briand bemüht, die Spanier zu einem größeren Entgegenkommen zu bewegen.

In diesem Sinne lauten auch die letzten Meldungen, die aus Udschda eingetroffen sind. Die Mittagsblätter teilen übereinstimmend mit, **daß Spanien tatsächlich eine vollkommen neue Forderung vorgebracht hat. Abd-el-Krim soll nicht bloß das Rifgebiet verlassen, sondern die Verpflichtung übernehmen, in keinem von Muselmanen bewohnten Land sich aufzuhalten.** Dieses Verlangen wird von der Presse in Algier als ein Fehler bezeichnet, weil es das Ansehen Abd-el-Krims nicht abschwächt, sondern im Gegenteil erhöht. Es wird auch bedauert, daß nicht schon in der ersten Beratung ein Waffenstillstand offiziell beschlossen worden ist, denn in der Pause von zwei Tagen könnte sehr leicht ein Grenzzwischenfall die Verhandlungen stören. Die Frage, ob die Delegierten des Rifs nur von Abd-el-Krim beglaubigt sind, oder ob sie sämtliche Stämme des Rifs vertreten, wird von dem Sonderberichterstatter der „Information" in Udschda als ein „überflüssiges Spiel mit Worten" bezeichnet. Der Rifdelegierte Kaid Haidu ist heute vormittag im Flugzeug abgefahren, um neue Instruktionen einzuholen. Es wird die Hoffnung ausgesprochen, daß er am Mittwoch wieder in Taurirt eintreffen wird und dann am Donnerstag die Verhandlungen in Udschda fortgesetzt werden können.

Der Präsident der Vereinigung ehemaliger Frontsoldaten, Parent, der den französischen Gefangenen Nährmittel und Arzneien überbracht hat und gestern nach Casablanca zurückgekehrt ist, gibt eine Schilderung Abd-el-Krims, die viel beachtet wird. Abd-el-Krim erscheint diesem alten französischen Soldaten als ein einfacher und friedlicher Mann. Er ist genau wie die anderen Notabeln des Rifs gekleidet mit der dunklen Djebala und mit Lederschuhen an den nackten Füßen. Abd-el-Krim trägt keine Waffen und bemüht sich, einfach und freundlich zu erscheinen. Er spricht wenig und macht keine großen Gebärden. (Europäische Diktatoren und „Feldherren" zeichneten sich meist durch das Gegenteil aus. Die Red.) Seine Augen sind aber beständig auf jeden gerichtet, der zu ihm spricht. Dieser Blick ist durchdringend und forschend, aber nicht drohend. Abd-el-Krim lächelt gern. Seine Züge gewinnen dann einen sehr nachhaltigen Ausdruck. Parent und andere Franzosen hatten aber die Empfindung, daß dieser Mann sehr schlau ist und die Schwächen seiner Gegner schnell zu erkennen und auszunutzen weiß.

Die polnische Koalition gesprengt

Ausscheiden der Sozialdemokraten — Vor dem Kabinettsrücktritt?

Warschau, 18. April. (W. T. B.)

Die Versuche, innerhalb der Regierungskoalition zu einer Einigung zu kommen, sind mißglückt. Heute abend fanden im Landtagsgebäude in Anwesenheit des Ministerpräsidenten Graf Skrzynski Beratungen der Vertreter der Koalitionsparteien statt, die durch die Vorlage eines neugefaßten Programms durch den nationaldemokratischen Finanzminister Zdziechowski eröffnet wurden. **Nach längerer fruchtloser Debatte erklärte der sozialistische Abgeordnete Daszynski, daß die Sozialdemokratische Partei aus der Koalition austrete.** Als Beweggrund für diesen Beschluß bezeichnete er nicht nur die Pläne Zdziechowskis, sondern auch die unbefriedigende Minderheitenpolitik der Regierung und ihre Haltung in der Frage der Rückkehr des Marschalls Pilsudski zum aktiven Heeresdienst. Mit dieser sozialdemokratischen Erklärung, die den tatsächlichen Ausbruch der Krise bedeutet, wurden die Beratungen geschlossen.

Morgen tagt der Ministerrat, um zur neuen Lage Stellung zu nehmen. In politischen Kreisen rechnet man mit der Möglichkeit, **daß in dieser Sitzung der Beschluß einer Gesamtdemission des Kabinetts fallen werde.**

Die unbequemen Volksbegehren

Verfassungsänderung gegen die neue Aufwertungsaktion

Der Reichstagspräsident Löbe hat in einer Rede in Breslau angedeutet, daß man in Kreisen der Reichsregierung angesichts der Bestrebungen, die Aufwertungsfrage durch ein Volksbegehren erneut aufzurollen, an eine Verschärfung der Bestimmungen für das Volksbegehren denke.

Nach unseren Informationen ist diese Andeutung in dem Sinne richtig, daß unbedingt ein Volksbegehren zur Aenderung des Aufwertungsgesetzes, das nicht mit Unrecht „Abwertungsgesetz" genannt worden ist, verhindert werden soll. Dieses Ziel soll erreicht werden, indem der Artikel 73 der Reichsverfassung erweitert wird. Dieser Artikel besagt:

„Ueber den Haushaltsplan, über Abgabengesetze und Besoldungsordnungen kann nur der Reichspräsident einen Volksentscheid veranlassen."

Ueber Fragen des Reichshaushalts ist also ein Volksbegehren ausgeschlossen und nur ein Appell des Reichspräsidenten, über den Reichstag hinweg, an die Gesamtheit der Staatsbürger zulässig. Deutsche Volkspartei und Deutschnationale, die einmal — es bleibt unvergessen! — die Aufwertung zu ihrer Wahlparole gemacht haben, wollen nun das Aufwertungsproblem ein für allemal damit abtun, daß sie die Aufwertung durch ein Ergänzungsgesetz zur Reichsverfassung unter die Budgetfragen einreihen, über die ein Volksbegehren unzulässig ist.

Auf diese Absicht der rechtsstehenden Parteien deutet auch die Rede des Reichswirtschaftsministers Curtius auf dem badischen Parteitag der Deutschen Volkspartei hin, ja, diese Rede gewinnt erst im Lichte dieser Mitteilungen ihren eigentlichen Sinn. Curtius sagte:

„Die Volksbegehren (zur Abänderung der Aufwertungsgesetze) verstoßen gegen den Geist der Verfassung. Die Reichsregierung wird sich mit allen Mitteln und mit ihrer ganzen Autorität gegen diese Volksbegehren stellen."

Das ist in kürzester Form die Begründung des geplanten Ergänzungsgesetzes zu Artikel 73 der Reichsverfassung.

Heute Landtagsbeginn

Der preußische Landtag nimmt am heutigen Dienstag seine Arbeiten wieder auf. Auf der Tagesordnung dieser Vollsitzung steht neben kleinen Vorlagen die Fortsetzung der zweiten Lesung des Haushalts des Ministeriums für Volkswohlfahrt.

Wahlreform und Reichsschulgesetz

Külz über ihre Notwendigkeit

Reichsinnenminister Külz sprach gestern in Zittau über die gegenwärtige politische Lage. Hinsichtlich der Fürstenabfindung erklärte er, es sei zu wünschen, daß es recht bald gelinge, ein dem Volksempfinden und den Grundsätzen der Gerechtigkeit entsprechendes Gesetz im Reichstag zustande zu bringen, denn die parlamentarische Gesetzgebung sei immer die primäre, die plebiszitarische Gesetzgebung durch Volksentscheidung müsse immer die sekundäre bleiben. **Die Wahlreform** werde in weiten Kreisen des deutschen Volkes als eine Notwendigkeit empfunden. Die Mängel des gegenwärtigen Systems liegen klar zutage. Sie bestehen in der Entpersönlichung des Verhältnisses zwischen Wählern und Abgeordneten und in der zum Teil ganz undemokratischen Form der Wahl, wie sie vor allem in den sogenannten Reichslisten verkörpert sei. Die Reichsliste sei überhaupt keine Wahl mehr, sondern eine Ernennung durch Parteiinstanzen. **Das Reichsgesetz** werde ebenfalls von weiten Kreisen der Bevölkerung dringend gefordert. Es gelte, hier mit besonderer Vorsicht und unter Ausnutzung der Lehren der Vergangenheit zu handeln. Es müsse aber mit Nachdruck gefördert werden.

Die gegenwärtige Regierung habe, rein ziffernmäßig gesehen, eine geschlossene Mehrheit des Reichstags von vornherein nicht hinter sich. Die moralische Kraft einer Regierung liegt aber nicht in der reinen Ziffer der hinter ihr stehenden Parteien, sondern in dem Willen zur positiven und praktischen Arbeit für das Wohl von Volk und Vaterland. Und von diesem Standpunkt aus fühle er sich durchaus nicht als Minister einer schwachen, sondern einer starken Regierung.

Der ungarische Fälschersumpf

Neue Sensationen zu erwarten

Wien, 19. April. (W. T. B.)

Nach einer Budapester Meldung des „Wiener Abendblattes" sind in Miskolc umfangreiche Erhebungen über eine anscheinend sehr bedeutende Geldfälschungsaktion im Gange. Wahrscheinlich stehen die neu aufgedeckten Fälschungen mit früher aufgedeckten Fälschungen im Zusammenhang. Möglicherweise sind die früher hergestellten Falsifikate in großer Menge in die Umgebung von Miskolcz gebracht worden und sollten jetzt in Verkehr gesetzt werden. Andere Spuren deuteten jedoch darauf hin, daß eine Werkstatt in dem Dorfe Edelény oder in dem Dorfe Sendrőland bestand. Ein gewisser Joseph Szatolczay wurde verhaftet. Auf Grund seiner Mitteilungen sucht man Falsifikate, die im Keller eines Wirtschaftsgebäudes verborgen sein sollen.

Schnelldienst

Reichskanzler Dr. Luther und Reichsfinanzminister Dr. Reinhold konnten gestern wegen der vorgerückten Zeit die Besichtigung des Walchenseewerkes nicht mehr vornehmen und fuhren daher nach München zurück.

In Hanau, dem Hauptsitz der deutschen Diamantschleiferei, ist ein Ausstand der organisierten Arbeiterschaft ausgebrochen, da die Arbeitgeber das im vorigen Jahr gekündigte Abkommen über die Bezahlung der Sommerferien für dieses Jahr nicht erneuert haben.

Anläßlich der 700-Jahr-Feier der Reichsfreiheit Lübecks werden die Senate von Bremen und Hamburg die hanseatischen Schwesterstadt Lübeck eine Nachbildung der Sankt-Jürgen-Gruppe des lübeckischen Bildschnitzers Bernt Notke stiften.

Der Professor für Völkerkunde an der Universität Leipzig, Dr. Karl Meule, Direktor des Museums für Völkerkunde ist gestern im Alter von 62 Jahren gestorben.

Nach einer Meldung der Agenzia Stefani verfolgen die englisch-italienischen Verhandlungen betreffend Abessinien keinen anderen Zweck als eine freundschaftliche Zusammenarbeit beider Länder bei der Entwicklung ihrer wirtschaftlichen Interessen in Aethiopien und die Beseitigung einiger Meinungsverschiedenheiten.

Havas berichtet aus Madrid, daß nach einer amtlichen Mitteilung die spanische Regierung das 1922 mit Frankreich unterzeichnete Handelsabkommen gekündigt habe, das am 15. Juli zu Ende geht.

Wo bleibt die Gleichberechtigung der Frauen?

Personalabbau — Aufwertung und Fürstenabfindung

Von

Gertrud Wittstock (Leipzig)

Verfassungsmäßig, d. h. auf dem Papier, ist die Gleichberechtigung der Frauen seit 1918 gegeben, aber in der Praxis findet man an unendlich vielen Ecken und Enden den allerschönsten Gewohnheitszopf der „guten alten Zeit", demzufolge man mit größter Harmlosigkeit auch heute noch für die Frauen Sondergesetze erläßt, die mit dem Begriff einer „prinzipiellen Gleichberechtigung" einfach unvereinbar sind.

Wie wohl noch erinnerlich, erregte die Annahme des veränderten Personalabbaugesetzes im Reichstage (August 1925) deshalb ziemlich weitgreifend die Gemüter (nicht nur der Frauen), weil man in der Beibehaltung des ominösen § 14, der für die weiblichen Beamten faktisch eine „Ausnahmeverordnung" ist, eine Verfassungsänderung zuungunsten der Frauen sah. Dieses Gesetz kam bekanntlich mit einer Stimmenmehrheit zur Annahme, die für ein verfassungsänderndes Gesetz nicht ausreichte. Da aber von den Regierungsvertretern und auch von den Parteien, die dieses Gesetz durchaus in dieser Form durchbringen wollten, die verfassungsändernde Eigenschaft dieses Gesetzes bestritten wurde (entgegen der Ansicht der Demokraten, besonders des Abgeordneten Min. Koch) erhielt es zunächst Gültigkeit.

Aus dem Nachrichtenblatt des Bundes deutscher Frauenvereine erfährt man nun, daß, wie zu erwarten war, von dieser maßgeblichen Stelle (der Bund deutscher Frauenvereine umfaßt in seiner Berufssektion über 100 000 organisierte weibliche Beamte) gegen Beibehaltung des § 14 in dem Personalabbaugesetz, der den Behörden und Verwaltungsstellen das Recht gibt, weibliche Beamte, die sich verheiraten, „abzubauen", Mitte September 1925 Protest erhoben wurde. Unter Bezugnahme auf eine Erklärung des Regierungsvertreters (Ministerialdirektor Dr. Lotholz) während der dritten Beratung dieses Gesetzes: „ — um in Zukunft Härten zu vermeiden, wird die Reichsregierung sich für eine möglichst weitgehende Auslegung des Begriffes — Sicherung der wirtschaftlichen Versorgung — einsetzen —" wurden mit diesem Protest, der an alle Ministerien ging, Richtlinien gegeben,

a) für die Kündigung seitens der Verwaltung und einer Auslegung des Begriffs „Wirtschaftliche Versorgung";
b) für die Gewährung der Weiterentrichtung;
c) für die Gewährung der Abfindungssummen.

Aus der oben zitierten Erklärung des Regierungsvertreters geht klar und eindeutig hervor, daß die Reichsregierung sich dessen bewußt ist, daß die Personalabbauverordnung, durch den § 14, „für die weibliche Beamtenschaft besondere Härten" enthält, und ferner, daß der Begriff „der wirtschaftlichen Versorgung", nach dem die Entlassung der verheirateten Beamtin erfolgt, so dehnbar ist, daß die Reichsregierung sich für eine möglichst weitgehende Auslegung dieses Begriffs einsetzen will. An diesem guten Willen etlicher Regierungsstellen soll nicht gezweifelt werden, nur — sollte man sich etwas mehr beeilen, dem Willen durch die Tat Ausdruck zu geben! Es wird höchste Zeit, daß die Reichsregierung nun endlich, ein halbes Jahr nach der Annahme dieses Gesetzes, allgemein gültige Richtlinien für die Auslegung des § 14 erläßt, damit nicht länger die einzelnen Verwaltungen die Verheiratung einer Beamtin an sich schon als „dienstlichen Grund", der eine Entlassung rechtfertigt, betrachten.

Es steht aber doch beinahe so aus, als ob dem „guten Willen" sehr viel Bremsklötze seinen Weg zur Tat versperren; so nur kann man den „Erfolg" dieses Protestes verstehen. Es wird nämlich in dem schon erwähnten Nach-

richtenblatt weiter berichtet, daß der Bund deutscher Frauenvereine am 22. November 1925 dem Reichskanzler, dem Reichspostminister, dem Reichsfinanzminister, dem Reichsminister des Innern, dem Reichsjustizminister und dem Reichsverkehrsminister „Wünsche" zum Personalabbaugesetz vom 4. August 1925 zugehen ließ mit folgendem sehr interessanten Schreiben:

„Der Protest des Bundes deutscher Frauenvereine, dem über 100 000 weibliche Beamte angeschlossen sind, gegen die Beibehaltung des § 14 im Personalabbaugesetz — Entlassung verheirateter Beamtinnen — ist leider vergeblich gewesen. Das Personalabbaugesetz vom 4. August d. J. enthält aber weitere Bestimmungen, die einen Teil dieser Beamtinnen besonders benachteiligen. Der Bund deutscher Frauenvereine sieht sich deshalb gezwungen, die Regierung zu bitten, wenigstens diese Nachteile durch Ergänzungsbestimmungen zu beseitigen, und gestattet sich, in Uebereinstimmung mit den angeschlossenen Verbänden der weiblichen Beamten, Ihnen, sehr geehrter Herr, die Abänderungswünsche zu unterbreiten."

Es ist bedauerlich, daß der für diese Ausführungen zur Verfügung stehende Raum nicht ausreicht, diese Wünsche und ihre Begründungen wiederzugeben; es wäre durchaus wünschenswert, daß einmal die breitere Oeffentlichkeit aus solchen „Wünschen" ersehen könnte, wie arg man der weiblichen Beamtenschaft, ganz besonders auch denen, die weit länger als ein Jahrzehnt dem Staate, dem Volke gedient haben, durch dieses Gesetz, besonders durch diesen famosen § 14, mitgespielt hat. Diese „Wünsche", die in so durchaus sachlicher, den Verhältnissen gerechtwerdender Form begründet werden, verlangen nur Selbstverständlichkeiten!

Gerade jetzt, da die Reichsregierung und die Volksvertreter durch die Tageszeitungen täglich dazu ermuntert werden müssen, endlich ein Reichsgesetz zu schaffen, das die Not des deutschen Volkes längst verlangt hätte, ein Reichsgesetz, das die Abfindung der ehemaligen deutschen Fürstenhäuser auf ein gebührliches Maß bringt, muß man den ganz rigoros durchgeführten Personalabbau, der, genau wie die Erledigung der Aufwertungsfrage und die Behandlung der Kriegshinterbliebenen und Kriegsverletzten, mit der deutschen Not begründet und entschuldigt wurde, als bitteres Unrecht gegenüber der deutschen Beamtenschaft und weiter anderer Volkskreise bezeichnen. Wenn man aus den Verhandlungen im Rechtsausschuß des Reichstags jetzt erfährt, wieviel Goldmillionen in den Zeiten deutscher Not an die ehemaligen Fürsten und deren Familien bereits gezahlt wurden, dann darf man (selbst wenn man einer rechtlichen Abfindung der Fürsten unter Berücksichtigung der deutschen Finanzlage zustimmt) heute sagen, daß das Volk auch heute noch für diese Fürsten zu leiden hat. Daß — im Vergleich zu dem Recht, das man den Fürsten zuerkannte, dem Volk zur gleichen Zeit hartes Unrecht geschah. Es muß laut und energisch gegen jede Härte der Gesetze — auch des Personalabbaugesetzes — protestiert werden. Nachdem man weiß, daß für die Fürsten so viel da war und noch ist, muß der Härteparagraph, der der verheirateten Beamtin, die arbeiten will, das Recht nimmt, ihren Beruf auszuüben und ihren bisher geleisteten Verdiensten für Staat und Volk nicht gebührlich Rechnung trägt, verschwinden! Es widerspricht jedem Gerechtigkeitsgefühl, daß man gerade die weibliche Beamtenschaft, die ein vollgerüttelt Maß an Aufopferung im Kriegsdienst geleistet hat, — mit der Begründung der deutschen Not — abbaut, in Not treibt, und den Fürsten, vor allem so vielen ihrer Anhängsel, die nichts für das deutsche Volk getan haben, Millionen schenkt!

Mussolinisches in Danzig

Gegen die Freiheit der Presse

(Meldung der Funkstation Rudolf Mosse-Haus.)

Danzig, 19. April.

Der italienische Generalkonsul in Danzig richtete eine Protestnote an den Danziger Senat wegen des „feindlichen Tones" der Danziger Presse gegen Italien. In der Note wird erklärt, Italien könnte sich veranlaßt sehen, eine Aktion gegen die Freistadt einzuleiten, (?) die für den Handelsverkehr Danzigs nachteilig wäre. Der Danziger Senat antwortete auf die Note Italiens und teilte darin mit, daß er keine rechtliche Handhabe zum Einschreiten gegen die Zeitungen habe, aber er werde ihnen raten, sich gegenüber Italien zu mäßigen.

Furtwänglers Rückkehr

Symphoniekonzerte Bruno Walter, Erich Kleiber und Gatz

Wilhelm Furtwängler ist nach zweimonatiger Abwesenheit aus Amerika zurückgekehrt, wo es ihm wie keinem zweiten vergönnt war, das Ansehen der deutschen Kunst zu mehren. Nicht dort allein freilich wird er als die stärkste Musikerpersönlichkeit unter den deutschen Dirigenten verehrt. Das Stammpublikum der Berliner philharmonischen Konzerte bewies durch minutenlangen Begrüßungsapplaus und stürmische Huldigungen am Schluß des Konzerts, daß es das Einzigartige seiner Kunst versteht und zu würdigen weiß. Noch aber kennt es nicht die ganze Größe seines Idealismus, ahnt es nichts von den gewaltigen materiellen Opfern, die Furtwängler durch Ablehnung amerikanischer Engagementsanträge mit phantastischen Ziffern seiner Treue zur Heimat unbedenklich gebracht hat. Wo lebt der deutsche Künstler, der gleiches von sich behaupten dürfte? Doch lassen wir das Menschliche beiseite. Hier gilt's der Kunst — einer Kunst freilich, deren eben nur ein großer Mensch fähig ist. Der tiefe sittliche Ernst, mit dem Furtwängler an jedes Werk herantritt, die hohe geistige Kraft, mit der er es durchdringt und durchleuchtet, die Wärme und der Reichtum der Empfindung, mit denen er seinen Inhalt erfüllt und seine Form erfüllt, die Kraft und Intensität der Uebertragung der eigenen inneren Vorstellung auf das Orchester — sie haben in dieser Vereinigung heute kaum ihresgleichen. Nur solcher Universalität konnte es gelingen, zwei so durch Welten getrennten Tonmeistern wie Händel und Tschaikowski in gleich vollendetem Maße gerecht zu werden. Als Solist feierte Gregor Piatigorsky in Dvoraks Cellokonzert durch seinen beseelten Gesangston und die schlackenfreie Bewältigung aller technischen Schwierigkeiten berechtigte Triumphe.

An Bedeutung traten demgegenüber die anderen Sinfoniekonzerte der letzten Zeit in den Hintergrund. In einem von Bruno Walter veranstalteten Sonderkonzert begrüßte man nach längerer Zeit Sigrid Onegin, nicht ohne ein leises Gefühl der Enttäuschung. Zwar ist ihre sonore Altstimme, die sie für wenig dankbare Aufgaben einsetzte (Bruch, Berlioz) noch immer schön; doch hat sie in ihrer Gesangsweise viel an Reiz verloren, ohne stärkere seelische Ausdruckskraft dafür einzutauschen. Den Höhepunkt des Abends bildete die von Walter mit gewohnter Durchsichtigkeit und Anmut dirigierte Sommernachtstraummusik; das Scherzo war eine Virtuosenleistung des Philharmonischen Orchesters.

Gleichfalls in der Philharmonie hörte man von Kleiber die große C-Dur-Sinfonie von Schubert in seiner bereits bekannten, etwas unbeglamen Art, und von Erica Morini das Beethovensche Violinkonzert. Wir schätzen die junge Geigerin als eine der stärksten geigerischen Begabungen und als raffig temperamentvolle Musikantin (mit einem Stich ins Unedle); mit dem Stil ihrer Beethovenwiedergabe brauchen wir aber deshalb noch nicht immer einverstanden zu sein. Im letzten Sinfoniekonzert der Staatsoper versuchte Kleiber sich an Bruckner. Das großzügige, freilich von ihm mehr äußerlich wirkungsvoll und religiös inbrünstig aufgefaßte Tedeum, mit dem Staatsopernchor und den Solisten Huffa-Greve, Marherr-Wagner, Jaro Dvorsky und Martin Abendroth, gelang ihm besser als die neunte Sinfonie, zu der ihm die rechten inneren Beziehungen zu fehlen scheinen. In überdehnt langsamem Zeitmaßen zerbröckelte ihm das schwer zu gestaltende Werk sozusagen unter den Händen; am besten geriet noch das, wiederum etwas überhetzte, Scherzo.

Seine Fehler scheint sich Professor F. M. Gatz zum Vorbild genommen zu haben. Er suchte sie in dem gleichen Werk, das er acht Tage später im Rahmen der Bruckner-Gemeinde mit den Philharmonikern zur Aufführung brachte, nach Kräften zu überbieten. Während aber Kleiber doch immerhin ein echter Musikant und ein überlegener Orchesterdirigent ist, beherrscht dieser ewige Dilettant das Orchester technisch ebensowenig wie geistig das Werk. Man staunt, was mit Hilfe eines billigen Konjunkturkatholizismus in der Weltmusikstadt Berlin an Unzulänglichkeit seit nunmehr zwei Jahren geboten werden darf.

Dr. Heinz Pringsheim.

Die Gesellschaft für Theatergeschichte hält am Sonntag, 25. April, vormittags 11 Uhr, im theaterwissenschaftlichen Institut an der Universität Berlin (Kaiser-Franz-Joseph-Platz, Auloagebäude) ihre diesjährige Hauptversammlung ab. Um 12 Uhr findet ein Vortrag von Universitätsprofessor Dr. Georg Witkowski (Leipzig) statt über: „Meiningertum und Bühnenkunst der Gegenwart." Zu dem Vortrag haben Gäste Zutritt, wenn sie durch den Schriftführer der Gesellschaft (Dr. Knudsen, Steglitz, Albenstr. 8) eingeführt sind.

Max Pallenberg bringt zurzeit in verschiedenen Städten West- und Süddeutschlands, wie Heidelberg, Mannheim, Bonn, Elberfeld, Wiesbaden usw., die wiederholt auch in Berlin gespielte Komödie „Der Herr Minister" von Paul Schirmer zur Darstellung.

Die Finanzwirtschaft der Teno

Selbst der Rechten wird es zu bunt

Auf der Linken ist oft genug die eigenartige Finanzgebarung der Technischen Nothilfe und ihrer Unterorganisationen kritisiert worden. Mit Recht mußte den leitenden Angestellten der T. N. zum Vorwurf gemacht werden, daß sie die ihnen von den Steuerzahlern des Reichs gezahlten Gelder in unzweckmäßiger und wenig kaufmännischer Weise verwendeten. Die Pressestellen der Teno haben sich stets darin gefallen, diese begründete Kritik als agitatorische Machenschaften der Linken hinzustellen, und sie haben bezeichnenderweise dabei immer die Gefolgschaft der Rechtsparteien zu applaudierenden Trabanten gehabt.

Jetzt scheint es selbst diesen unentwegten Anhängern der Teno zu bunt zu werden. Der „Fridericus", ein bekanntlich recht weit rechtsstehendes Organ, sieht sich in seiner letzten Nummer gezwungen, an führender Stelle unter dem Titel „Zerstörung der T. N." gewichtige Anklagen gegen die Nothilfe zu erheben. Er macht — nicht ohne eine Lobeshymne auf die Teno vorauszuschicken — auf die Verminderung des Etats für die T. N. aufmerksam, die Einschränkungen der Organisation nötig erscheinen läßt. Dann aber fährt er fort:

„Diese Einschränkung geht in der sonderbarsten Weise vor sich. Merkwürdigerweise sind nicht etwa teuer bezahlte entbehrliche Angestellte abgebaut worden, sondern billige und unentbehrliche Kräfte. Diese Gruppenführer sind notwendiger als eine lange Reihe von hochbesoldeten Herren, die in der Teno an grünen Tischen sitzen und zum Teil überflüssige Funktionen ausüben."

Der „Fridericus" greift sich einen Landesbezirk der Teno heraus und konstatiert, daß bei diesem 10 Angestellte beschäftigt werden, die insgesamt 63 000 Mark an Gehältern kosten. „An Reisekosten entstehen im Jahr niedrigst gemessen 10 000 Mark, Unterhaltung und Reparatur des Autos erfordern 5000 Mark, bei der nachweislich wenig fachmännischen Behandlung des Wagens." Dieser eine unter den 13 Landesbezirken der Teno verschlingt nach dem „Fridericus" in Summa rund 86 000 Mark jährlich. „Das bedeutet, daß von dem 3-Millionen-Etat über ein Drittel verpulvert wird, ohne daß dem irgendwelche positiven Leistungen gegenüberstehen." Das völkische Blatt nagelt weiter fest, daß die Teno kürzlich rasch 40 Automobile anschaffte, um den Ueberschuß des letzten Etatsjahres nicht an die Reichskasse zurückgeben zu müssen. Und es weist schließlich darauf hin, daß man bei Beschaffung von Betriebsstoff und Autobereifungen nicht die niedrigen Angebote ortsansässiger Firmen berücksichtige, sondern „die Sachen in Berlin, und zwar zu teureren Preisen" kaufte.

Wir haben seinerzeit bei Kritisierung der Teno-Finanzen nicht nur auf die Mängel in der Personalpolitik des Herrn Lummitzsch, sondern auch auf die verwunderliche Rolle aufmerksam gemacht, die dessen Privatdomäne, die „Neue Arbeit", zu spielen scheint. Hier wird uns von gewiß unverdächtigen Zeugen wiedereinmal der innige Zusammenhang bestätigt, der zwischen Teno-Finanzen und diesem — sich stets vergrößernden — Autounternehmen besteht, dessen alleiniger Anteilinhaber der Leiter der Nothilfe, Lummitzsch, ist. Im übrigen zeigen die Ausführungen des „Fridericus", wie notwendig wenn nicht die Abschaffung, so doch gründlichste Reform an Haupt und Gliedern in der Teno erforderlich ist. Wenn der „Fridericus" damit schließt: „Es ist eine rücksichtslose Revision und eine Neuorganisation der Technischen Nothilfe dringend notwendig", so können wir uns diesmal völlig mit seiner Meinung einverstanden erklären. Der Reichsinnenminister, dem die Technische Nothilfe unterteilt, wird zu seinem Teil dazu beitragen müssen, daß endlich einmal energisch mit den Mißständen in der Nothilfe aufgeräumt wird.

Männerstolz vor Fürstenthronen. Im Nachrichtenblatte des Berliner Lehrergesangvereins Nr. 4 (April 1926) findet sich in einem Bericht über eine Versammlung der außerordentlichen Mitglieder folgende Stelle: „Bei dieser Gelegenheit teilte Herr Brauner die allen Lesern der grünen Hefte sicher sehr interessante Tatsache mit, daß Seine Durchlaucht der Fürst Max Egon von Fürstenberg aus Donaueschingen gelegentlich eines Aufenthaltes in Berlin auf eine Stunde sein — des Vorsitzenden des V. L. G. V. — Gast sein wolle. Ein stolzes Zeugnis für dich, V. L. G. V.! Ein Antrieb für uns bei unserer Arbeit, sehr verehrte a. o. M.! . . ." Wenn schon die Gnadenbezeugung dieses Bierfürsten und Freundes des ehemaligen Kaisers solche Gemütsaufwallungen auslöste, ist gar nicht auszudenken, welche Purzelbäume z. B. der Besuch eines leibhaftigen Prinzen verursachen würde. Und dabei soll es sogar auch Republikaner unter den singenden Lehrern geben.

Vor einem Jahr

Der Fall Höfle und seine Auswirkungen

Heute vor einem Jahr brachte man einen sterbenskranken Mann vom Untersuchungsgefängnis in Moabit nach der Charité. Es war der ehemalige Reichspostminister Anton Höfle. Nur wenige Stunden später hauchte er seinen Geist aus. Heute gedenken wir des Verstorbenen und rufen die Tatsache in die Erinnerung zurück, daß dieser Mann qualvoll zugrunde gegangen ist, daß sein Tod Zustände aufgedeckt hat, die ungeheures Aufsehen weit über die Grenzen Deutschlands hinaus erregten.

Das Jahresgedächtnis an Anton Höfle zwingt zu der Frage: Ist es seitdem in der deutschen und preußischen Justiz besser geworden? Der Tod Höfles hat die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses im preußischen Landtag im Gefolge gehabt. Dieser Untersuchungsausschuß hat intensive und auch fruchtbare Arbeit geleistet. Dieser Untersuchungsausschuß hat festgestellt, daß im Moabiter Untersuchungsgefängnis unglaubliche Dinge sich ereignet haben. Die Arbeiten dieses Untersuchungsausschusses sind in einem dicken Buch von nahezu 1000 Druckseiten niedergelegt. Dieses Buch befindet sich bei den Akten des Parlaments, befindet sich in den Bücherschränken der Mitglieder des Untersuchungsausschusses und einiger anderer Interessenten. Es ist schon mit einer Staubschicht belegt. Was wir an diesem Tage des Gedächtnisses für Höfle fordern, ist: Diese Staubschicht muß beseitigt werden!

Just um die Zeit, zu der sich der Tod Höfles jährt, ist Herr Assessor Kußmann wieder in die Erscheinung getreten und hat auf Grund einer einstündigen Vernehmung ein Werturteil über Höfle gefällt. Das Gericht hat dazu geschwiegen. Der Vertreter der Familie Höfles hat in der Oeffentlichkeit das Wort ergreifen müssen, um das Andenken an Anton Höfle zu schützen. Diese Tatsache allein zeigt, wie die Dinge stehen. Es ist alles beim alten geblieben, und es wird so lange in der Justiz Preußens alles beim alten bleiben, als Herr Am Zehnhoff amtiert oder besser gesagt: nicht amtiert.

Das Gedenken an den auf so elende Weise zugrunde gegangenen früheren Reichspostminister Dr. Anton Höfle ermahnt uns, dafür zu sorgen, daß die preußische Verwaltung im allgemeinen und die Justiz im besonderen in stärkerem Maße als bisher von reaktionären Elementen gesäubert wird.

Der „Karnevals-Cäsar"

Pariser Gerichtsdebatte über Mussolini

Paris, 19. April.

Vor dem Pariser Schwurgericht begann der Prozeß gegen die Kommunisten Clerc und Gernardon, die beschuldigt werden, bei einem Zusammenstoß vier Mitglieder der „Patriotischen Jugend" erschossen zu haben. Die Vernehmung des Angeklagten Clerc schloß mit einer **politischen Diskussion über Mussolini.** Clerc hatte erklärt, daß er stets alle Faschisten und Royalisten bekämpft habe und bekämpfen werde. Der Staatsanwalt: Diese politische Rede gehört nicht hierher. — Der Verteidiger Clercs, der kommunistische Deputierte Berthon: „Ich protestiere. Wir werden beantragen, in dieser Verhandlung alle Akten über faszistische und royalistische Verschwörungen der letzten Zeit vorzulegen. Wir werden nicht zugeben, daß Frankreich in die Hände eines Mussolini fällt." Der Präsident unterbricht: „Sie dürfen nicht den leitenden Staatsmann einer fremden Regierung in diese Debatte hineinziehen." Berthon: **„Den leitenden Staatsmann? Einen solchen Karnevals-Cäsar?"** — Der Vorsitzende: „Ich erlaube Ihnen nicht, solche Ausdrücke zu gebrauchen." — Berthon: „Der Ausdruck, den Sie beanstanden, Herr Präsident, wurde in der Kammer von der ganzen Linken applaudiert. Er wurde nicht von dem kommunistischen Redner gebraucht, sondern von dem Deputierten Paul-Boncour, einem der Delegierten Frankreichs beim Völkerbund und dem Präsidenten des Ausschusses für die nationale Verteidigung." — Der Staatsanwalt: „Wir sind hier im Gericht und nicht in der Kammer."

Kingelnatz in Wort und Bild

Eine Woche lang trägt jetzt Joachim Ringelnatz, der weitgereiste dichtende Seemann Kuttel Daddeldu, in der Galerie Wittschek (Neue Wilhelmstraße) aus seinen Werken vor. Die unvermeidliche Flasche neben sich. Verbirgt seine lyrische weltschmerzzerrissene Seele hinter kleinen gedichteten Ungezogenheiten, die uns entzücken, weil sie eines wahren Dichters Geistesblitze sind: Nimmt uns gefangen mit seinen zermergelten Zügen, aus deren Augen Güte strahlt, seinen weichen fahrigen Bewegungen, die seine Gedichte mit schauspielerischer Sicherheit illustrieren. Spricht seine unsterblichen, ja unsterblichen Turngedichte, seine Schlüpfrigkeiten vom Kuttel Daddeldu, ein kleines Gedicht vom Bandwurm, der Würmer hat, und dessen Würmer wieder Würmer haben, nicht auszudenken diese Verwicklung. Oder vom gipfernen Reh, von der blinden Schleiche, von der Kirchenmaus, die entkam, donnert uns etwas vom Zu-die-Fresse-knacken vor und vergißt zwischendurch nicht, seine Stimmung am Rüdesheimer zu beteuern.

Haut mit Bildern um sich, die, und nun hört zu, seine eigenen sind. Von Joachim Ringelnatz, alias Kuttel Daddeldu, selbst gemalt. Seebilder, die er wohl selbst erlebt hat, auf denen die Schiffe sich in Not befinden und weiße Wellen, von roten Monden bestrahlt, schäumen. Fabelhafte Bistonen in rot malt er und Landschaften mit blauen Bergen und rotem Sand, die eine wundervolle Perspektive haben. Malt wie ein Kind und doch wie einer, dem die Gabe ward, in Farben zu träumen und zu dichten. Malt aus naivem Gemüt heraus wie etwa Henri Rousseau, aber nicht so gläubig wie dieser, sondern vom Ekel vor der Welt zu erschütternden Bildern getrieben. Hat etwas von Callottscher Manier an sich. So haben wir an einem Nachmittag, nahe Unter den Linden, wo Berlins autoriechender Puls schlägt, Ringelnatz erlebt. Und es war trotz vielem Lachen doch eine Feierstunde.

Nicoll.

Im Kabarett der Komiker geht heute, 20. April, das Singspiel „Der Husbantier" von Kurt Robitschek und Paul Morgan, Musik von Willy Rosen, zum 25. Male mit Premierenbesetzung in Szene.

Die Premiere des Legendenspiels „Der heilige Brunnen" von J. M. Synge und des Schauspiels „Blanco Posnets Erweckung" von Bernard Shaw findet im Wallner-Theater am Freitag, 23. April, statt.

Wer hat, dem soll gegeben werden!

Der Evangelische Bund über „Mein und Dein" — Für die Fürsten, gegen das Volk

Der „Hof- und Domprediger" Döhring macht mobil. Für wen? Nun: für wen anders als für die Fürsten, zu deren „Hof" er sich heute noch zählt?

Aus banger Sorge um den Verlauf des Volksentscheids trommelt Döhring die Truppen seines Evangelischen Bundes zusammen. Daß dieser Bund nicht zum Schutze der Fürsten, sondern zum Schutze der „protestantischen Interessen" gegründet ist, kümmert den Häuptling in der Stunde seiner Verzweiflung um seinen weltlichen Herrn nicht; er vergißt völlig die Lehren des himmlischen Herrn und Meisters und denkt nur an den Fürsten dieser Welt.

Eine Kundgebung des Zentralvorstandes des Evangelischen Bundes „zur Fürstenenteignung" bezeichnet das Ergebnis des Volksbegehrens als eine „ungeheure Verwirrung der öffentlichen Meinung", als „schweres Unrecht", als einen Weg „zum völligen Zusammenbruch des sittlichen Bewußtseins, zu kulturellem und staatlichem Niedergang". Die „elementare Grundlage christlicher und nationaler Ethik" soll auf dem Spiele stehen, „deren Verleugnung auf alle organischen Gebilde des öffentlichen Lebens, Ehe, Familie, Eigentum, Kirche hinüberwirken und den Unterschied von Mein und Dein hinfällig machen müßte." Deswegen warnt der Evangelische Bund vor dem Volksentscheid. Daß das Reich seine Zusage bezüglich der Kriegsanleihe nicht erfüllt hat, erscheint ihm nur als eine „Zwangslage" — da haben nämlich Döhrings deutschnationalen Freunde Verrat begangen, und das nimmt er weiter nicht übel! —, aber die Bewahrung des Volksgutes vor dem Fürstenzugriff nennt er schlimmer als jenen Verrat. Und er ruft auf dagegen im Namen von „Treue und Glauben", damit „in dem Streit zwischen Recht und Raub Recht doch Recht bleibe".

Fürwahr, eine merkwürdige Kundgebung! Ausgerechnet von einem rein religiösen Bunde, der sonst nur für den evangelischen Klerikalismus gegen den katholischen Klerikalismus kämpft und im übrigen für das Himmelreich zu kämpfen vorgibt. Was hat ein solcher Bund mit so weltlichen Fragen wie dem Schutz des Volkes vor Ausraubung durch die Fürsten und ihre Diener zu tun? Das Rätsel löst sich durch diese Kundgebung, die nur beweist, daß der Evangelische Bund eine deutschnationale Schutztruppe ist, die im Fürstendienst ihr sehr materielles Interesse sieht. Wenn er wirklich gegen den Raub wäre, dann müßte er jetzt gegen die Raffgier der Fürsten und für das arme Volk sein. Genau so wie sein „Herr und Meister" Christus es war.

Wie sagte doch dieser Meister Christus? „Wer zwei Röcke hat, der gebe dem einen, der keinen hat." Wie sagen des Meisters „Diener" im Evangelischen Bunde? Die Fürsten sollen zu ihren zahllosen „Röcken" noch andere Röcke des Volkes bekommen! Der Meister sagt auf die Frage des reichen Jünglings, wie er ins Himmelreich kommen könne: „Gehe hin und mache dich frei (verschente) von dem, was du hast, dann wirst du einen Schatz im Himmel haben." Und auf die Weigerung des Jünglings: Schwer wird ein Reicher ins Himmelreich einkehren." Die „Diener" des Herrn im Evangelischen Bunde wollen den reichen Fürsten noch weitere Reichtümer aus dem Gut des armen Volkes zuschanzen. Sie sind genau so, wie Meister Christus die kirchlichen Pharisäer und Schriftgelehrten seiner Zeit spöttisch und tadelnd gekennzeichnet hat, als er ihnen bitter zurief: „Wer hat, dem wird gegeben; wer wenig hat, dem wird auch das Wenige genommen."

Daß den reichen Fürsten noch mehr gegeben, daß dem armen Volke sein Wenigs noch genommen werde — dafür treten die heutigen Pharisäer im Evangelischen Bunde ein. Und das verbrämen sie obendrein mit ähnlichen moralischen Redensarten wie die Pharisäer zur Zeit Christi. Aber das Volk wird sich nicht mehr wie damals die Köpfe umnebeln lassen und den pharisäischen Fürstendienern folgen; es hat sehen gelernt, wer hier beraubt werden soll und wird danach seine Entscheidung treffen.

Angenommene Anträge zum Justizetat

Was wird darauf geschehen?

Im Hauptausschuß des preußischen Landtages wurde gestern mit schwacher Mehrheit der Antrag der Deutschen Volkspartei auf Vorlegung eines Gesetzentwurfes angenommen, der die Bestimmung, die die Altersgrenze für Richter vom 68. auf das 65. Lebensjahr heruntersetzt, außer Kraft setzen soll. Gegen den Antrag hatte die Regierung zuvor erhebliche Bedenken geltend gemacht. Nach dem Antrag Lüdicke (Deutschnat. Vp.), der Annahme fand, sollen mit Rückwirkungskraft wieder eingetragene Hypotheken, früher als gesetzlich festgelegt, spätestens vom 1. April 1926 ab verzinst werden. Nach angenommenen demokratischen Anträgen sollen die Begnadigungen der Schöffen und Geschworenen erhöht werden, ferner sollen 100 Stellen der Gruppe IV für Justizwachtmeister geschaffen werden, die Senate der Oberlandesgerichte sollen wieder mit fünf Richtern besetzt werden, die Berliner Gerichte sollen zusammengelegt werden.

Asmus verlangt seine Freisprechung

Heute Urteilsverkündung

Chemnitz, 19. April.

In seinem Schlußwort erklärte gestern der Angeklagte Asmus, Oberstaatsanwalt Weber habe in jeder Phase der Voruntersuchung gewußt, daß er, Asmus, sich nicht strafbar gemacht habe. Mit erhobener Stimme rief der Angeklagte in den Saal: „Ich will kein Politiker sein, ich will ins Zuchthaus, wenn ich mich schuldig gemacht habe. Wenn ich auch nur einen Tag Gefängnis bekommen würde, wäre ich für mein Amt verloren und als Beamter überhaupt unmöglich!" Als politischen Beamten hätte man ihn mit einfacheren Mitteln von seinem Posten entfernen können. Das finde er unerhört, daß im Falle Pittig vom Minister ein Hilfsarbeiter abgeordnet wurde, um ihn als Oberstaatsanwalt zu kontrollieren. Sein Verhalten gegen „rechts" sei einwandfrei gewesen. Das habe der Ankläger selbst zugegeben und das Verhalten nach „links" müsse aus den besonderen Zeitverhältnissen heraus beurteilt werden. Unter dem Druck dieser Verhältnisse habe auch Bürgermeister Genthe in Freiberg offenbar Straftaten nicht verfolgt. Er erwarte seine Freisprechung. Als völlig unbescholtener Mann müsse er aus dem Prozeß hervorgehen.

Das Urteil wird am Dienstag nachmittag 3 Uhr verkündet werden.

Kutiskers faule Gefälligkeitswechsel

Die Blausche Wechselfabrik — Kutiskers angebliche Blankettfälschung — Erregte Auseinandersetzungen zwischen Kutisker und Holzmann — Die Grobe-Wechsel

In der gestrigen Verhandlung des Kutisker-Prozesses kam der Kompler Kutisker—Blau, die Geschäftsverbindung der jetzigen beiden Angeklagten Iwan Kutisker und Blau, zur Sprache. Nach der Anklageschrift hat Kutisker gemeinsam mit Blau Anfang des Jahres 1923 in der Jägerstraße in Berlin die Blau-G. m. b. H. mit einem Aktienkapital von 500 Millionen Mark gegründet. Kutisker hat anfänglich dem Blau aus seinem Anteil für diese G. m. b. H. 75 000 Mark Aktien vom Bankhaus Stein angeboten. Später wurde aber ein Arrangement dahin getroffen, daß Blau Alleininhaber der „Osten-A.-G." und der „Schlesischen A.-G." wurde.

Nach den Angaben der Anklageschrift **hat Kutisker sich von Blau in großer Zahl Gefälligkeitsakzepte geben lassen.** Doch bestreitet Kutisker, von Blau, weil er bei der Steinbank verschuldet war, verlangt zu haben, daß er auf alles eingehe. Die Wechsel wären nur für den Konzern im inneren Verkehr gezeichnet und übergeben worden. Auf diese Gefälligkeitsakzepte habe er von der Staatsbank kein Geld erhalten. Diese Gefälligkeitswechsel seien gar nicht protestiert worden.

Vors.: Wir haben hier einen Wechsel vom 8. August von der Firma Behrend, die Blaus Firma war, akzeptiert von Blau und giriert von Blau persönlich. Der Wechsel lautet über 461 300 Mark. Blau sagt nun,

der ursprüngliche Wechsel hätte nur auf 50 000 Mark gelautet, und den neuen hätten Sie auf einem Blankoakzept von Ihnen statt über 51 000 Mark (nämlich 50 000 Mark mit Zinsen) über 461 500 Mark ausgestellt.

Angekl. Kutisker erklärt, Blau habe ihm bei einer telephonischen Unterredung gesagt, er sollte machen, was er wolle. Das habe er als eine Zustimmung aufgefaßt. Die Herren von der Staatsbank hätten genau gewußt, ganz genau, daß es sich nur um Gefälligkeitswechsel handelte.

Angekl. Blau bestätigt auf Befragen, daß er diesen Wechsel zurückbekommen hat.

Der Vorsitzende teilt dann mit, daß am 1. Januar 1924 die Forderungen der Stein-Bank an Blau 287 000 Mark betrugen. Damals standen dieser Schuld aber Gefälligkeitswechsel des Blau von 1 426 000 Mark gegenüber. Sämtliche Wechsel dieser Art sind gar nicht durch die Bücher gegangen. Der Sachverständige nimmt an, daß die Unternehmungen des Blau nur 300 000 Mark wert waren, so daß sie unmöglich für diesen Wechselbetrag gut sein konnten.

Kutisker: Eine Verwertung der Blauschen Unternehmungen hätte sicher den Ertrag von 1½ Millionen Mark ergeben.

Als dann noch einige weitere Wechsel besprochen werden sollen, **erleidet Kutisker einen Schwächeanfall,** und die Verhandlung wird auf kurze Zeit unterbrochen.

Der Angeklagte Blau erklärt nach der Pause auf Befragen: **Sämtliche Wechsel sind bezahlt.** Ich habe 700 000 Mark bezahlt, auf 300 000 Mark meiner Forderungen verzichten müssen und auf die Konkursmasse verzichtet. Das ist das Ergebnis von Vereinbarungen mit der preußischen Staatsbank.

Die später in Konkurs gegangene Radionfunkgesellschaft wurde von der Kutiskerschen Scharlachbank erworben. Kutisker erklärt, dieses Geschäft wäre ihm durch Herrn v. Kohl aufgedrängt worden, der sich hinter seine jungen Söhne steckte. Er habe sich anfangs mit Händen und Füßen gesträubt, habe aber schließlich nachgegeben.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung bestreitet Kutisker, dem Herrn v. Kohl zugesagt zu haben, seine Wechsel würden im Depot der Staatsbank bleiben. Wäre ihm die Sache nicht über den Kopf gewachsen, so hätte er seinen 21jährigen Sohn Alexander gar nicht hineingenommen. Im übrigen habe sein Sohn ihn, den Vater, für eine unbedingte Autorität gehalten.

Seinen 18jährigen Sohn Max habe er auf Veranlassung v. Kohls zum Direktor gemacht. Nach einer Bemerkung des Vorsitzenden fuhr dieser hauptsächlich mit dem Auto herum und unterschrieb Wechsel,

was Kutisker zum Einwurf veranlaßte: „Ach, er weiß ja gar nicht, was er unterschrieben hat!"

Hierauf wird als Zeuge der Arzt Abraham Baran vernommen, der dem Vorstand der Kutiskerschen Kurier-Druckerei angehörte. Eines Tages habe, so bekundet der Zeuge, Herr v. Kohl verlangt, daß die Vorstandsmitglieder der Kurier-Druckerei Wechsel über 120 000 Mark unterzeichneten. Es sollten gegenüber der Scharlach-Bank bzw. der Stein-Bank Schulden gemacht worden sein, für die die Wechsel verlangt wurden. Tatsächlich hätte auch eine Schuld von 120 000 Mark für Neuanschaffungen von Maschinen bestanden. Davon, ob die Wechsel im Depot der Stein-Bank blieben oder an die Staatsbank gegeben wurden, wußte der Zeuge nichts. Alexander Kutisker sei mehrmals in der Druckerei gewesen, habe aber niemals Wechsel zur Unterschrift vorgelegt, er habe wohl überhaupt nichts von Geschäften verstanden, man habe die Söhne Kutiskers nicht ernst genommen. Im übrigen habe sich der Umsatz der Druckerei, die allerdings durch großzügige Maschinenanschaffungen belastet war, in kurzer Zeit verdoppelt.

Dann werden die einzelnen Wechsel behandelt, die Kutisker der Staatsbank gegeben hat.

Ein Wechsel über 300 000 Mark ist von zwei Berliner Firmen gezeichnet, die nicht existieren.

Kutisker behauptet, den Wechsel von Holzmann erhalten zu haben.

Der Angekl. Holzmann geht an den Richtertisch heran und sagt ergreift: **Ich habe ihm keinen Wechsel gegeben.** Vielleicht nennt er Zeugen dafür, und außerdem, wie kann man von einem Erpresser Wechsel nehmen?

Der Vorsitzende stellt fest, daß der **Wechsel gefälscht** ist. Möglich ist, daß Kutisker das nicht gewußt hat. Die Persönlichkeit, die hier bei diesem Wechsel eine Rolle spielt, ist ein Russe, der sich jetzt im Auslande aufhält. Er ist darüber vernommen worden und hat entlastend für Holzmann ausgesagt.

Angekl. Iwan Kutisker erklärt erregt, daß tatsächlich ein Zeuge vorhanden sei. Es sei ein gewisser Salomonson, ein weitläufiger Verwandter von ihm. Der habe Gefälligkeitswechsel, die von Holzmann kamen, genau durchgesehen.

R.A. Dr. Halpert: Kutisker will jetzt offenbar sagen, Holzmann habe ihm die Wechsel zwar nicht persönlich, aber durch Salomonsohn gegeben.

Angeklagter Holzmann: Die ganze Geschichte ist überhaupt nicht wahr. Der Angeklagte erzählt dann, eines Tages habe Kutisker von ihm auf einigen Wechseln die Unterschrift verlangt, die er jedoch verweigert habe. Dann sprach Kutisker mit einem Russen namens Elim. „Bei meiner Verhaftung auf der Polizei," fährt Holzmann fort, „sah ich Elim, und sagte zum Kommissar: Schauen Sie, das ist der Herr, der falsche Wechsel für Kutisker macht! Dr. Klopfer war dabei. (Dr. Klopfer war zuerst an die Behörden herangetreten, Kutisker von seinem Gegner Holzmann zu befreien.) Nachher soll Elim beim Herausgehen gesagt haben: Woher weiß denn der Holzmann, daß ich Wechsel gefälscht habe?"

Kutisker erhebt die Beschuldigung gegen Klopfer, sein Bild gestohlen und an den Scherl-Verlag verkauft zu haben.

Holzmann, der bereits vorher Kutisker als einen Erpresser bezeichnet hatte, worauf dieser Holzmann einen Verbrecher nannte, ist während dieser Ausführungen Kutiskers aufgeregt von seinem Platz aufgesprungen. Er geht heftig gestikulierend auf den Gerichtstisch zu und ruft: „Da hört man es, alles beschmutzt er, das ist eine Unverschämtheit, wie er alle Leute beschimpft und beschmutzt."

Vors.: Angeklagter Holzmann, Sie dürfen sich nicht so erregen!

Angekl. Holzmann: Er muß sich korrekt verhalten. Das geht doch nicht, ich bin auch krank!

Vors.: Gerade darum sollten Sie sich nicht so aufregen. — Der Vorsitzende ersucht auch den Angeklagten Kutisker, sich verletzender Äußerungen zu enthalten.

Dann kommt die Verbindung des Angeklagten **Grobe** mit der Kutisker-Sache zur Verhandlung. Auch Grobe hat, und zwar auf Veranlassung des Holzmann, Wechsel gegeben, die als faul angesehen werden.

Vors.: Sie haben einmal Wechsel über 1,4 Millionen Mark mit der Firma Rosta (die dem Angeklagten Strieter gehörte) auf Veranlassung des Holzmann ausgetauscht.

Angekl. Grobe: Holzmann erklärte ehrenwörtlich, durch den Akzeptaustausch werde kein Schaden entstehen. Ich selbst habe keinen der Herren, die jetzt hier angeklagt sind, gekannt.

Vors.:

Es ist doch merkwürdig, daß Sie Wechsel mit einer Gesellschaft austauschen, die Sie gar nicht kennen!

Angekl.: Grobe: Diese Frage drängt sich einem natürlich auf. Aber die Sache ist doch so, daß ich zu Herrn Holzmann ein unbedingtes Vertrauen hatte. Ich hatte zuverlässige Kenntnis davon, daß die russische Regierung ihr ein Akkreditiv in Höhe von 700 000 Dollars gestellt hatte. Holzmann gab mir sein Ehrenwort dafür, daß die Wechsel nach vier Wochen zurückgezahlt werden würden.

Nachdem der Angeklagte Grobe noch erklärt hat, da er sich auch der Aeußerung des Holzmanns nicht entsinne: **„Sie haben keine Million, ich habe keine Million, also können Sie ruhig unterschreiben",** erklärt der Vorsitzende, daß für diese Aeußerung zwei Zeugen vorhanden wären. — Dann wird festgestellt, daß die sogenannten Grobe-Wechsel dem Angeklagten Grobe **von Holzmann ohne Protest zurückgegeben** und von Grobe dem Gericht aus eigenen Stücken überreicht worden sind. Am Mittwoch, wo die Verhandlung fortgesetzt wird, soll sich Holzmann über diesen Teil der Anklage äußern.

Die Maifeier bei Behörden

Anrechnung auf den Urlaub oder Lohnabzug

Berlin, 19. April. (W. T. B.)

Das Reichskabinett hat hinsichtlich des Dienstes am 1. Mai die gleiche Regelung wie in den Vorjahren beschlossen. Die Richtlinien lauten: „In den Ländern, in denen der 1. Mai als gesetzlicher Feiertag landesrechtlich anerkannt ist, ist auch in den Reichsbehörden und -betrieben auf die Landesgesetzgebung Rücksicht zu nehmen. In den Ländern, in denen der 1. Mai nicht als gesetzlicher Feiertag gilt, haben Beamte, Angestellte und Arbeiter, welche zwecks Teilnahme an einer Feier am 1. Mai dem Dienst oder der Arbeit fernbleiben wollen, **rechtzeitig bei ihrem Dienstvorgesetzten um Befreiung vom Dienst nachzusuchen.** Solchen Anträgen ist grundsätzlich überall soweit zu entsprechen, als dadurch die notwendige Fortführung des Dienstbetriebes nicht in Frage gestellt wird. Bei der Entscheidung über derartige Gesuche soll nicht engherzig verfahren werden. Die hiernach beantragte und bewilligte **Freizeit ist bei Beamten und Angestellten auf den Erholungsurlaub anzurechnen.** Das gleiche kann auf Wunsch bei Arbeitern geschehen. Wird von Arbeitern nicht ausdrücklich um Anrechnung auf den Erholungsurlaub nachgesucht, so wird für die Dauer der Arbeitsversäumnis Lohn nicht gewährt. **Von der Anrechnung auf den Erholungsurlaub oder von der Lohnkürzung kann abgesehen werden, wenn die Nachholung der versäumten Arbeitsstunden anderweit sichergestellt ist.** In Betrieben, in denen Dienstbefreiung zur Befriedigung religiöser Bedürfnisse an staatlich nicht anerkannten Feiertagen ohne Anrechnung auf den Erholungsurlaub und ohne Lohnkürzung gewährt wird, gilt das gleiche auch für Dienstbefreiungen am 1. Mai.

Großfeuer in Charlottenburg

Ein gewaltiges Schadenfeuer kam gestern abend auf dem Fabrikgelände am Salzufer 21—23, Ecke Dovestraße, zum Ausbruch, bei dem Werte von über einer Million Mark den Flammen zum Opfer fielen. Die Theatermalerei und Bühnenbaufabrik von Wehrens und Buth und die Karosseriewerke von Rüterbusch und Hoffmann sind vollständig niedergebrannt. Erst in später Nachtstunde gelang es, das Feuer zu löschen.

Mit rasender Geschwindigkeit verzehrte das Feuer die leicht brennbaren Dekorationsstücke der Firma Wehrens und Buth, und einige Minuten später brach die Decke des ersten Stockwerks zusammen. Jetzt breitete sich das Feuer auch auf die unteren Räume aus. Ueber 60 Fahrzeuge der Feuerwehr waren jetzt an der Brandstelle erschienen. Auch die Schutzpolizei hatte auf Automobilen mehrere Hundertschaften zur Absperrung entsandt.

Vor allem mußte man darauf bedacht sein, die angrenzenden Gebäude, in welchen über 5000 Liter Benzin und wertvolle Automobile in Garagen untergebracht waren, zu schützen. Erst nach stundenlanger Arbeit gelang es, ein Ueberspringen auf die Nebengebäude abzuwenden. Die Räume der Bühnenbaufabrik von Wehrens u. Buth und der Karosseriefabrik fielen dem Feuer zum Opfer.

Zur Lohnsteuererstattung für 1925. Die Frist zur Einreichung von Anträgen auf Erstattung von Lohnsteuer aus dem Jahre 1925 ist bis zum 30. April 1926 verlängert worden.

Ein Arbeiterbetrieb. In Hanau ist eine von organisierten Diamantschleifern ins Leben gerufene genossenschaftliche Diamantschleiferei, die vornehmlich Qualitätsarbeit leisten will, dem Betrieb übergeben worden. Diese Diamantschleiferei steht unter Kontrolle des internationalen Weltbundes der Diamantarbeiter in Amsterdam, der auch mit 5000 holländischen Gulden an dem Unternehmen beteiligt ist.

Verantwortliche Redakteure: für Politik, Feuilleton und die Beilagen: Alfred Müller; für Groß-Berlin und den übrigen Teil des Blattes: Heinrich Hoppenstedt; für den Inseratenteil: Paul Gräf; sämtlich in Berlin. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin.

Heute: „Illustrierte Berliner Sport-Zeitung".

Das Ka-De-We veranstaltet eine interessante Sonderschau. In den verschiedenen Abteilungen sitzen Arbeiter und Arbeiterinnen wie in Fabrikbetrieben, zeigen die Herstellung von Luxusleinen, Hüten, kompliziertesten künstlerischen Handarbeiten, Stickereien und Häkeleien, Herren- und Damenwäsche, Kragen und Krawatten werden zugeschnitten und genäht, eine elektrische Nähmaschine, die Kleiderstoffe näht, eine Spitzenklöppelmaschine, Webmaschinen für Teppiche und Decken, mechanische und alte Handwebstühle und viele andere werden im Betriebe gezeigt. Zwischendurch andere Vorführungen: Lichtmalerei, Anfertigung von Kupferdruck, das Bemalen von Stoffen und Porzellan, viele neue praktische Apparate für den Haushalt, sowie die absolute Wasserfestigkeit von Aquariumsmänteln und -Koffern, die in Springbrunnen unter ständiger Berieselung gehalten werden.

Radikaler Preis-Abbau

Unsere Sonderangebote in über 100 Sorten Damen-, Herren- und Kinderschuhen bieten der Groß-Berliner Bevölkerung Vorteile, die infolge der rücksichtslosen Herabsetzung **guter Ware** unsere letzten ohnehin schon billigen Angebote tief in den Schatten stellen. Blond, grau, beige, braun und schwarz sowie Lack für Damen und Herren in den neuesten Modellen und Farben. * Unsere 21 Schaufenster setzen Sie in Erstaunen. * Hier nur einige Beispiele:

Moderne Herren-Halbschuhe
Rand weiß gedoppelt, echt Boxrind, braun **11.90**
schwarz **8.90**

Brauner Herrenhalbschuh Orig. Goodyear Welt sowie **schwarze Herrenstiefel** dto. echt Chevreau teils Boxkalf **11.90**

Mod. Damen-Spangen- u. Schnürschuhe echt Chevreau und R'Chevreau, darunter Lack **6.90**

Herrenstiefel echt Boxrind u. andere Ledersorten, nicht alle Größen **6.90**

Herrenstiefel u. Halbschuhe echt Boxrind **8.90**

Damen-Spangen- u. Schnürschuhe echt Boxkalf u. R'Chevreau, darunter Lack und braun, gute Qualität **8.90**

Damen-Spangen- u. Schnürschuhe in Lack und Leder, sehr fesche schicke Sachen, zum Teil **Goodyear Welt** **9.80**

Herrenstiefel in besonders strapazierfähiger Ausführung **9.80**

Orig. Goodyear Welt braune Damen-Schnür- und Spangenschuhe, echt Boxkalf- und Boxrind, teils Lack, erstklassiges Fabrikat . . . . Feinfarbige und zweifarbige Damen-Spangenschuhe, französischer Absatz, sehr fesch **11.80**

Feinfarbige Damen-Luxusschuhe blond, beige und grau, die große Mode, neueste Modelle **16.80, 13.90** **11.80**

Moderne Damen-Spangenschuhe Echt Chevreau **6.90**

Turnschuhe, Sandalen, Kinderstiefel etc. etc. in großer Auswahl billig

Gross-Detail Schuh-Lokal Behrndt

Münzstraße 25
Schöneberg, Hauptstr. 160

Frankfurter Allee 54
Rottbusser Damm 13

• Theater • Konzerte •

Staatstheater

Opernhaus 7½ Uhr: 163. V. **Mona Lisa.**
Oper 2. Königsplatz 7½ Uhr: 169. V. Zum 650. Male: **Die Zauberflöte.**

Schauspielhaus 8 Uhr: 94. V. **Duell am Lido.**
Schillerth. Charlbg. 8 Uhr: **Kyritz-Pyritz.**

Direktion Max Reinhardt

Deutsches Theater. 8 Uhr: Norden 10334—38
Zum ersten Male! **„Unsere Kinder"** Lustspiel v. J. Jangwill. Regie: Paul Otto. Miesheim, Richard, Werdmeister, v. Meyerinck, Rilla, Herrmann-Schaufuß, Schroth, Giedt, Werner, Berber.

Kammerspiele. 8 Uhr: Norden 10334—38
„... Die Nackten leiden ..." von Dieudonné, Regie: Hoffmann-Harnisch. Lefa, Gülstorff, Ghjoldi, Vallentin, Wiemann, Hendels.

Die Komödie. 8 Uhr: Bismarck 2414/7316
Viktoria von Maugham / Musik: Mische Spoliansky. Regie: **Max Reinhardt.** Dorsay, Denera, Paulo, Sandrod, Bois, Gög, Gülstorff, Otto, Remonnofsky.

Barnowsky-Bühnen
Th. Königgrätzer Str. Tel.: Hasenheide 2110
8: **Mrs. Cheneys Ende.**
Komödienhaus. Norden 6304.
8: **Der Garten Eden.**
Die Tribüne. Wilhelm 5365.
8: **Der Rubicon.**

Theater am Nollendorfplatz Täglich 8 Uhr: **Der alte Dessauer** Operette in 3 Akten. Charle, Falk, Vespermann, Kiper, Godau, Strasten, Hainisch, Fichs.

Volksbühne.
Th. am Bülowplatz. 8: **Sturmflut** George, Granach, Kaiser, Widmann, Leijko, Müler.
Th. a. Schiffbauerd. 8: **Marlborough zieht in den Krieg** Reuss, Sterler, Achaz Bäck, Denera, Neumann, Schnall, Schmidt.

Residenz-Theater. 8¼: **„Platonische Liebe".**
Thalia-Theater. 8¼: **„Kavalier Jack".**
Th. i. d. Kommand.-Str. 8¼: **„Kabarett d. Komiker".** Kurt Robitschek, Paul Morgan.

Casinotheater 8 Uhr: **Eine Nacht im Fahrstuhl.**

Theater des Westens. Täglich 8 Uhr: **Prinzessin Rusch.** Operette von Leon Jessel. Premierenbesetzung.

---

8 Uhr. Lessing-Theater. Gastspiel der Saltenburg-Bühnen. **Der fröhliche Weinberg** Winterstein, Haack, Falkenstein, Scherk, Lobe, Schlettow. Sonnt. nachm. 3½ zu halb. Preisen: Das Grab d. unbekannt. Soldaten.
8 Uhr. Kleines Theater. Leopoldine Konstantin, Job, Riemann in **Reiner Tisch (Springeleaning)** Lustspiel von Lonsdale. Limburg, Schmöle.

Saltenburg-Bühnen
Deutsch. Künstler-Theat. Lütz. 2937. Täglich 8 Uhr: **„Ein Walzertraum".** Käthe Dorsch, Bollmann, Albers, van Diemen, Wassmann, Valetti, Perry, Falken.
Theater am Kurfürstend. Bismarck 6015. 8 Uhr: **Mieze und Maria.** Ebinger, Jacobsen, Landa, Loos, Lovrie, Martini, Bäck-Neft, Richard, Bettac, Sternberg, Diessl, Walter.
Lustspielhaus. Geschlossen! Ab 24. 4. Gastspiel des Herrnfeld-Theaters zum ersten Male! **König Tutankhamen.** Ein 3000jähriger Traum von Anton Herrnfeld.
Wallner-Theater. Kgst. 1404. 8 Uhr: **Kolportage.** v. Meyerinck, Bochelm, Brock, Alberti, Dysing, Steinhoff.
Metropol-Theater. Zentr. 12824. 8¼ Uhr: **Die Nacht der Nächte.** Christians, Paulsen, Erlholz, Adalbert, Schollwer, Hardt, Schröder-Schrom.

Städtische Oper. Dienstag, 30. April, abends 7½ Uhr: Abonnementsturnus II: **Die Zauberflöte.**

Central-Theater, 8 Uhr: **Ilka Grüning** in **Eva Bonheur.**

Neues Theater am Zoo. 8 Uhr: Guido 8 Uhr: **Thielscher in Stöpsel.** Kl. Preise: Park. 1.—2 M., Park.-Faut. 3—4 M. Brdk.-Faut. 5 M., Sessel 6 M. Vorverkauf ab 10½ U. ununterbrochen. Mittwoch, den 21. 4. zum 100. Male.

Intimes Th. Bülowstr. 6 **Der Weltmeister.** Groteske in 3 Akt v. Waldem. Kroll.

8 UHR SCALA **Sprung- und Tauch-Sensation mit Wasserlöwen und Girls und 10 Attraktionen.**

WINTERGARTEN **Preisabbau auf allen Plätzen!** Eintritt Mk. 0.75. Loge u. Terrasse Mk. 5.—. Speisekarte verbilligt! Kein Weinzwang! Sonntag nm. 3½ U. ermäss. Preise. **Rauchen gestattet.**

Renaissance-Theater 8¼ U.: **Frl. Julie.**

Reichshallen-Theater Abends 8 Uhr und Sonntag Nachm. 3 Uhr: **Stettiner Sänger** Parkett 1 M., Logen 2 M. Nachm. halbe Preise. volles Abendprogramm!
Dönhoff-Brettl: Anfang 8 Uhr. **Varieté! Konzert! Tanz!** Sonntags 5½ Uhr.

2-Zimmer-Wohnungen, Neukölln, in den Neubauten Emserstr. 51—72, sofort, evtl. später, beziehbar. Nähere Bedingungen durch d. Vermietungs-Abteilung der **Elbe & Ludwig G. m. b. H.,** Neukölln, Emserstraße 65 (Nahe Bahnhof Hermannstr.).*

Vermischte Anzeigen

Telephonanschluß Neukölln gibt ab Spengler, Neukölln 4068.
10 000 Reklamezettel Dreimark. Hochdruckerei, Alexanderstraße 10.
Radioapparat. Detektor, Hörer gegen Fahrrad. Steinhardt, Winsstr. 15.

•• Rechtssachen ••

Ehescheidungen, Rechtsbüro, allerbilligst. Lange, Moritzplatz, Aschingerhaus. Gegründet 1895.

•• Heirats-Gesuche ••

Heirat. Tischler, 54 Jahre, in Stellung, nüchtern und kerngesund, sucht eine passende Frau mit Eigenheim, 1—2 Kinder angenehm. Ausführliche Offerten unter „D. D. 1239", Berliner Volkszeitung, Gr. Frankfurterstraße 101.

•• Verkäufe ••

Beiswaren jeglicher Art: Stumpfkragen! Silberwäsche! Kreuzstücke! Polsterfedern! Spottbillige Sommerpreise! Fahrlungserleichterung! Warschauerstr. 7. •
Damenmäntel 4.—, 6.—, Tuchmäntel 7.—, 10.—, 12.—, Cowtercoatmäntel 14.—, Gabardinemäntel 18.—, Ripsmäntel 21.—, 25.—, 29.—, Burberrymäntel 35.—, Schmechel, Gipsstraße 15, 1, Rosenthalerstraße.
Damenmäntel, direkt Werftkutt, Frühjahrsmäntel 4.—, Donegalmäntel 7.—, imprägnierte Cowtercoatmäntel 14.—, Ripsmäntel, Gummimäntel, Gabardinemäntel 17,50, Sportkostüme, Gangfutter, 13,50. Altmann, Rosenthaler Str. 44, III, Würlebahnhof.
Getragene Herrengarderobe, tadellos erhalten, Gelegenheitskäufe in Peiswaren, große Auswahl, billige Preise. Leihhaus Spiegel, Chausseestr. 7. Keine Gombarbware.

Grosses Schauspielhaus **Für Dich** CHARELL-REVUE Täglich 8

Circus Busch Täglich 7½ Uhr: Das neue Monsterprogramm: **Es klappert** die Mühle von Sanssouci 7 lustige Bilder aus Alt-Potsdam **Labèro** mit dem **Zoo-Löwen** u. d. übr. Circus-Programm. Kl. Preise 50 Pf., 1.—, 1.50 bis 4.— M. für Loge.

Ischias Spezialbehandl. nur für Fälle bewährt werden. Unentgeltliche Heilerfolge. Bestätigung und Referenzen, ärztlich empfohlen. Invalidenstr. 106. 9-11 1-6 Sonntag 10-12. Jacoby

Magen- u. Darmstörungen verhüten **Hellmich's Lebensbitter** ½ Fl. Mk. 1,50, 1/1 Fl. Mk. 2.50 **Hellmich's Verdauungs-Tonikum** 1/1 Fl. Mk. 3.— von **A. Hellmich, Dortmund.** Weltberühmt, vielfach prämiiert, ärztlich empfohlen. Broschüren mit Gebrauchsanweisung gratis Zu haben: **Simons Apotheke,** Spandauer Str. 17 **Witte Apotheke,** Potsdamer Str. 84 **Heeges Apotheke,** Gubener Str. 33. **Apotheke Am Hermannplatz 9.** **Adler-Apotheke,** Reinickendorfer Str. 1. **Apotheke zum Eisernen Kreuz,** Kastanienallee 2.

•• Möbel •••

Stamine Halbbetten, Stück 2.50, mit Einsatz, Wollplüschdrapérie, 2.80 × 1.80 cm, 69.—. Teppichhaus Stein, Spittelmarkt, Untergrundbahn.
Staubsauger „Orion", neu, 79.—, liberal. Rotkadterstraße 22.
Holzdrehbank, gebraucht, zu verkaufen. Haase, Stromstraße 21.
Kinder-Klappwagen, Kinderbettstelle, Klappstuhl. Ruttke, Sanderstraße 18.
Kinderbett verkauft Kantstraße 97, Gartenhaus III, Berlin.
Segelboot, 15 qm, Baujahr 1925. Lichtenberg 3317.

Patentmatratzen „Primissima", Metallbetten, Auflegmatratzen, Chaiselongues. Walter, Stargardterstraße achtzehn, Spezialgeschäft.
Schlafzimmer jeder Holzart aller Größen, prima Verarbeitung, Gelegenheitskäufe, Ausbetten 20,00, Flurgarderoben 26,00. Riesenauswahl, Kamerting, Kastanienallee 56.
Bettstelle, Matratze, Wimmer, Kreuzbergstraße 29, vorn III.
2 einfache Zimmereinrichtungen und Küche billigst auflösungshalber sofort an Privat verkauft. Prinzregentenstr. 4, Gartenhaus parterre. Dienstag 2—6.

•• Musik-Instrumente ••

Hupfeld - Phonola - Flügel und Pianos. Stets Gelegenheitskäufe! Erleichterte Zahlungsbedingungen. L. Hupfeld, A.-G., Leipziger Straße 110.
Eint - Pianofabrik, Pianos direkt vom Fachmann, große Auswahl, Brunnenstraße 35.
„Hupfeld-Gotha", das wohlfeile Qualitätspianino. Bequeme Teilzahlung. Große Auswahl, circa 200 Instrumente. Hupfeld A.-G., Leipzigerstraße 110.

Brachpianos, gebrauchte, neue spottbillig. Klavierbauer Preitschat, Weinmeisterstraße 10/11.
Pianos billig. Kripschinski, Kopenhagenerstraße 5.
Piano, gebraucht, verkauft billig Braun, Frankfurter Alleee 338.
380 gebrauchte, fabrikneue Qualitätspianos allerbilligst. Ratenzahlung. Pianobauer Preitschat, Augustst. 36.

Fahrräder, Nähmaschinen

Freilaufräder, Teilzahlung Mark 5.—. Kraus, Gr. Frankfurterstraße 52.
Abzahlung, Nähmaschinen, Reparaturen. Neue Königstraße 36. •
Nähmaschinen, Singer 31/15, Hausmaschinen spottbillig. Wollinerstr. 45.

•• Tiermarkt ••

Dobermann, wachsam, jung, verkauft Schiwelbeinerstraße 27, Pförtergeschäft.
Rüden, Siemens Reichswappentier, billig. Wiesnerkowski, Siedlung 26, Afrikanischestraße.

•• Grundstücks-Verkehr ••

Landhaus Joachimsthal verkauft Schulz, Neukölln, Schubomastraße 27.

•• Kaufgesuche ••

Zahngebisse, Platinabfälle, Goldbruch, Silbersachen, Silbermünzen, Edelmetall. Einkaufsbüro Walter Friedlaender, Oberstraße 31.
Nähmaschine, Rumschiffchen, gebraucht aber gut erhalten, mit Preisangabe gegen Kasse zu kaufen gesucht. Offerten unter „D. R. 1225", Rudolf Mosse, Gr. Frankfurterstraße 101.
Hebelschneidemaschine, gebrauchte, kauft Gerlitz, Neukölln, Reuterstr. 92.

Darmstädter und Nationalbank

Kommanditgesellschaft auf Aktien

Wir bringen hiermit zur Kenntnis, dass der Gewinnanteil für das Geschäftsjahr 1929

für die Aktien à RM. 100.— auf RM. 10.—,
für die Aktien à RM. 120.— auf RM. 12.—

festgesetzt wurde. Die Auszahlung erfolgt abzüglich Kapitalertragsteuer vom 19. d. M. ab gegen Einreichung des Dividendenscheines

Nr. 6 zu den Aktien Nr. 1—50 000 über je RM. 120.— der ehemaligen Nationalbank für Deutschland Kommanditgesellschaft auf Aktien,
Nr. 6 zu den Aktien Nr. 53 001—190 000 über je RM. 100.— der ehemaligen Nationalbank für Deutschland Kommanditgesellschaft auf Aktien,
Nr. 10 zu den Aktien Nr. 1—33 000 über je RM. 100.— der ehemaligen Nationalbank für Deutschland Kommanditgesellschaft auf Aktien,
Nr. 13 zu den Aktien Nr. 1—350 000 über je RM. 100.— der ehemaligen Bank für Handel und Industrie,

bei der **Darmstädter und Nationalbank Kommanditgesellschaft auf Aktien, Berlin W. 8,** Behrenstrasse 68/69, und **deren sämtlichen Niederlassungen.**

Die Dividendenscheine sind auf der Rückseite mit dem Firmenstempel bezw. dem Namen des Einreichers zu versehen.

Wir sind auch jetzt noch bereit, die Aktien der ehemaligen Aktiengesellschaft in Firma Nationalbank für Deutschland (ausgegeben vor dem Jahre 1920), deren Dividendenscheine nicht mehr eingelöst werden, sowie die Gulden-Aktien der ehemaligen Bank für Handel und Industrie unserer früheren Aufforderung entsprechend in Aktien unseres Instituts umzutauschen.

Berlin, den 17. April 1926.

Darmstädter und Nationalbank
Kommanditgesellschaft auf Aktien

Gegr. 1891. **Stepp- und Daunen-Decken** D. R. Patent Plümo-Daunendecken laufen Sie bestens ab Spezialhaus **Bernhard Strohmandel, Berlin,** Dorotheenstr. 72 (Unterpflasterbahn Inselbrücke) Filiale: **Spittelmarkt,** Ecke Gendarmenmarkt und **W., Nikolsburger Platz 3,** Ecke Trauenaustraße. Repräsentant jeder Art. Illustr. Preiskataloge gratis.

Zahngebisse, Silbersachen, Goldschmelze Friedrich Christiansen, Köpenickerstraße 59.
Herrenfahrrad, guterhalten, kauft Fehrle, Markgrafendamm 17 (Laden).

•• Vermietungen ••

Stube, möbliert, Dame, vermietet Jhlow, Linienstraße 97.
Möbliertes Zimmer, einfenstrig, vermietet Hausmeister, Gneisenaustraße 60.
Laden mit Wohnung tauschsing abzugeben. Natow, Bornemannstraße 7.
Tausche zwei Stuben, Küche gegen gleiche oder 3 Zimmer. Herrmann, Stalitzerstraße 100.

•• Mietsgesuche ••

Laden für Zigarrengeschäft mietet Rath, Lüneburgerstraße 8.
Tenne Zimmer gesucht. Durre, Berlin, Römerstraße 26.

Spediteure! Das „Speditions- und Schiffahrts-Adressbuch 1924/25" ist das offizielle Adressbuch des deutschen Speditions-, Möbeltransport- und Verkehrs-Gewerbes. Enthält die Adressen von Deutschland u. fast ganz Europa. Eleg. in Halbleinen geb. Preis R.-M. 5.—. Gegen Einsendung des Betrages zu beziehen von Rudolf Mosse, Abt. Adressbücher und Codes, Berlin SW. 19, Jerusalemer Str. 46/49. Postscheckkonto Berlin 26517.